

BEITRAG ZUR ÖFFENTLICHEN KONSULTATION

Beitrag zur Konsultation des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung

des Gesamtverbandes der
Deutschen Versicherungswirtschaft
Lobbyregister-Nr. R000774

Berlin, den 12.01.2026

Abteilung: Koordinierungsstelle Nachhaltigkeit

E-Mail: Nachhaltigkeit@gdv.de



Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Wilhelmstraße 43 / 43 G, 10117 Berlin

Postfach 08 02 64, D-10002 Berlin

Telefon: +49 30 2020-5000 · Telefax: +49 30 2020-6000

Lobbyregister-Nr. R000774

Ansprechpartner

Koordinierungsstelle Nachhaltigkeit

E-Mail

Nachhaltigkeit@gdv.de

Rue du Champ de Mars 23, B-1050 Brüssel

Telefon: +32 2 28247-30 · Telefax: +49 30 2020-6140

ID-Nummer 6437280268-55

www.gdv.de

Einleitung

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für die Versicherungswirtschaft ein strategischer Schwerpunkt. Denn eine Begrenzung der Klimaerhitzung ist die wichtigste Prävention vor Naturgefahren und Extremwetter-Ereignissen. Jedes Zehntel Grad mehr steigert den Anpassungsbedarf an die Folgen des Klimawandels und verteuert den Versicherungsschutz gegen Risiken aus Naturgefahren. Ihren eigenen Beitrag hat der Versicherungssektor in Deutschland mit der Nachhaltigkeitspositionierung des GDV konkretisiert, unter anderem mit Zielen zur Emissionsminderung für die Kapitalanlage und die eigenen Geschäftsprozesse. Mit ihren Kapitalanlagen von insgesamt 1,9 Billionen EUR verfügen Versicherer über einen wichtigen Hebel, um die nachhaltige Transformation zu fördern. Durch ihre langfristigen Verbindlichkeiten sind Versicherer auf Sicherheit bedachte Investoren mit einem besonders langfristigen Anlagehorizont. Als Partner ihrer Versicherten begleiten sie die Transformation und helfen innovativen klimanützlichen Technologien und Geschäftsmodellen auf dem Weg zur Marktreife.

Vor dem Hintergrund geopolitischer Risiken und einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ist der Transformations- und Wettbewerbsdruck enorm. Daher sollte der derzeitige Fokus der Klimaschutzpolitik auf effizienten Emissionsminderungsmaßnahmen und guten Rahmenbedingungen für klimanützliches Wirtschaften und Wachstum liegen. Das hätte breite Unterstützung in der Bevölkerung, die sich laut aktuellen Umfragen mehrheitlich mehr Klimaschutzpolitik von der Bundesregierung wünscht und am Ziel der Klimaneutralität bis 2045 festhalten möchte (<https://table.media/berlin/news/mehrheit-der-deutschen-bund-unternimmt-bei-klimapolitik-zu-wenig>). Gleichzeitig sollten berechtigte Sorgen vor sozialen Härten, insbesondere vor steigenden Strompreisen und Lebenshaltungskosten, ernst genommen und abgedeckt werden.

Aus Sicht des GDV ist eine der größten Herausforderungen für die avisierte Dekarbonisierung Deutschlands bis 2045 die Mobilisierung der notwendigen Investitionen. Insgesamt übersteigen aber die Kosten des Nicht-Handelns die Transformationskosten bei weitem. Die Lösung der Herausforderungen kann nur im Zusammenspiel der Akteure aus Öffentlichem Sektor, Realwirtschaft und Finanzwirtschaft gelingen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität kann Investitionen der öffentlichen Hand deutlich erhöhen. Zusätzliche Investitionen sind aus der Privatwirtschaft sowie von institutionellen Investoren notwendig. Das deutsche Klimaschutzprogramm sollte dazu beitragen, Zukunftsinvestitionen zu priorisieren und privates Kapital zu mobilisieren. Neben zusätzlichem Kapital bringen institutionelle Investoren auch eine größere Prosesseffizienz und in der Folge eine größere Termin- und Kostentreue in nachhaltige Infrastrukturprojekte ein.

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat insgesamt ca. 112 Mrd. EUR in Infrastruktur investiert, davon 23 Mrd. im Erneuerbare Energien (Geschäftsjahr 2024) und steht für weitere Investitionen bereit.

1. Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektoriübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen? Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschl. Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?

Langwierige komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren von 10 bis 20 Jahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) und große (Netz-)Infrastrukturprojekte gefährden das Klimaziel. Wenngleich in den zurückliegenden Jahren schon richtige Maßnahmen ergriffen wurden, besteht weiterhin Handlungsbedarf hinsichtlich einer grundlegenden Vereinfachung und Verkürzung der Verfahren.

A. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, der Stromnetze und Energie- speichermöglichkeiten muss mit dem EE-Ausbau schritthalten

Ein Großteil der Infrastrukturinvestitionen entfällt auf Landes- und Kommunalebene (beispielsweise kommunale Wärmenetze und öffentlicher Nahverkehr). Der GDV schlägt folgende Maßnahmen vor, um den Ausbau von Infrastruktur zu beschleunigen und mehr privates Kapital zu mobilisieren:

- Zeitnaher Planungshochlauf für Infrastrukturprojekte und drastische Verkürzung der Genehmigungsverfahren,
- Erhöhung der (Personal-)Kapazitäten bei Behörden und Dienstleistern, wie beispielsweise Planungsbüros und Umweltgutachtern,
- Bessere Verzahnung, Koordination und Abstimmung der föderalen Strukturen und der öffentlichen Daseinsfürsorge im Rahmen des Klima-Finanzierungskonzeptes der Bundesregierung z. B. durch institutionalisierte Austausche der relevanten Institutionen aller Ebenen, Ausbau von Kompetenz- und Beratungszentren auf Länderebene und Prozessstandards,
- Stärkerer Einsatz von kooperativen Partnerschaftsmodellen sowie von Förder- und Garantieinstrumenten, um mehr privates Kapital für nachhaltige Infrastrukturprojekte zu mobilisieren,
- Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für nachhaltige Netz-Infrastrukturprojekte (z. B. Stromnetze, Abwärme, ÖPNV) durch Aufbau von Beratung und Expertise auf kommunaler Ebene, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen bei den Netzentgelten und durch bessere Bündelung kommunaler Finanzierungsanforderungen,
- Berücksichtigung des Lebenszyklusansatzes und einer schnellen Bereitstellung von nachhaltiger Infrastruktur (Zeitfaktor) in Wirtschaftlichkeitsanalysen zur Reduktion von gesamtgesellschaftlichen Kosten, u. a. durch Einbezug der Kosten für Planung, Betrieb, Erhaltung sowie den volkswirtschaftlichen Nutzen.

Eine detaillierte Beschreibung der o.g. Vorschläge finden Sie im [GDV-Positionspapier zur Finanzierung von Transformation und Wettbewerbsfähigkeit](#).

B. Tempo beim Ausbau Erneuerbarer Energien hochhalten

Um das Tempo des Ausbaus weiter hochzuhalten, Investitionen anzureizen und Kosten zu sparen, schlägt der GDV folgende Maßnahmen vor:

- Anhebung der Schwellenwerte für die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP),
- Entfallen der UVP bei Änderungsgenehmigungen oder vorheriger Durchführung einer strategischen Umweltprüfung,
- Reduktion des Aufwands für Repowering, um ohne zusätzlichen Flächenverbrauch die EE-Erzeugung durch neue Anlagen an bisher genutzten Standorten zu erhöhen,
- Vollständige Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- Einführung von Genehmigungsfiktionen in den Verfahrensregeln, soweit die abschließende Bearbeitung von Anträgen nicht innerhalb der gesetzlichen Fristen erfolgt,
- Bündelung von Prüfungsschritten für mehrere Anlagen, so dass die Prüfergebnisse nicht nur für ein Einzelnes, sondern für zahlreiche Projekte genutzt werden können,
- Marktgerechte Ausschreibungen für Offshore-Windflächen,
- Forcierung des Ausbaus von EE mit hohen Kapazitäten und attraktiven Losgrößen (z. B. Offshore-Windanlagen) bzw. Bündelung von kleinteiligen Projekten.

Eine detaillierte Beschreibung der o.g. Maßnahmen finden Sie im [GDV-Positionspapier zur Finanzierung von Transformation und Wettbewerbsfähigkeit](#).

2. Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?

A. Verursacherprinzip stärken

Die Akzeptanz für Klimaschutz zu erhalten und weiter zu stärken ist eine wichtige Bedingung für das Erreichen der Klimaschutzziele und den Erhalt unseres Wohlstandes. Für eine faire Verteilung der Kosten sollte das Verursacherprinzip geachtet werden, beispielsweise durch eine umfassende CO₂-Bepreisung.

Die Emissionen in Deutschland stammen zu ca. zwei Dritteln aus Wirtschaftstätigkeiten und zu einem Drittel von den privaten Haushalten. Es wäre daher sachgerecht, Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft zu priorisieren. Ein zügiger und erfolgreicher Übergang zu klimafreundlichen und nachhaltigen Geschäftsmodellen eröffnet Perspektiven auf sichere Arbeitsplätze und Wachstum und leistet einen wichtigen Beitrag, um den Anteil vulnerabler Personengruppen zu verringern.

Die Emissionen aus dem Konsum privater Haushalte sind sehr stark mit dem Einkommen korreliert (siehe DIW-Wochenbericht 27/2024). Die größten einkommensbezogenen Unterschiede resultieren aus der Mobilität, insbesondere aus dem Flugverhalten. Als vulnerable Gruppen und Haushalte werden in der Wissenschaft diejenigen angesehen, die stärker von der Nutzung fossiler Brennstoffe abhängen und diese Abhängigkeit nur unzureichend durch Verhaltensänderungen oder Investitionen verringern können. Diese Gruppen sollten gezielt beim Umstieg auf emissionsarme Heizungs- und Mobilitätslösungen sowie beim Umstieg auf (derzeit vergleichsweise teurere) nachhaltige Lebensmittel und Konsumprodukte unterstützt werden.

B. Akzeptanz durch sachliche Informationen und Debatten stärken

Ein wichtiger Faktor für gesamtgesellschaftliche Akzeptanz ist zudem die Förderung von Klimabewusstsein, eine motivierende Klimakommunikation und die Bekämpfung von Fehl- und Desinformationen hinsichtlich klimafreundlicher Lösungen. Der GDV trägt durch seine Veröffentlichungen dazu bei, beispielsweise durch:

- Den jährlichen Naturgefahrenreport, der umfassend die Schadensentwicklung aus Extremwetter-Ereignissen dokumentiert und Lösungen für Prävention und Anpassung aufzeigt: <https://www.gdv.de/resource/blob/193408/e0bfaf1824ec89f295f7e076ba6dca3/naturgefahren-report-2025-data.pdf>
- GDV-Statistiken und Empfehlungen zu E-Mobilität, die Vorurteile zu höheren Schadensbilanzen widerlegen, die Debatte um Brände verschärfen und mehr Klarheit bringen, wie mit E-Autos nach Unfällen oder Pannen umgegangen werden sollte.

3. Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Markt durchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen? Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden? Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?

Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit gehen insbesondere langfristig Hand in Hand. In einer GDV-Umfrage mit einer hohen Beteiligung schätzen drei von vier Versicherern die langfristige Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit als hoch oder sehr hoch ein.

Neben dem Ausbau etablierter Technologien ist die Entwicklung und die Finanzierung neuer und innovativer Technologien und Trends entscheidend. Auch hier sind die Versicherer bereit zu investieren und prüfen entsprechende Geschäftsmodelle. Der Grund für mangelnde Investitionen ist die noch nicht bestehende eigenständige Wirtschaftlichkeit dieser Technologien. Dazu kommt große Unsicherheit hinsichtlich einer zukünftigen eigenständigen Rentabilität z. B. im Bereich grüner Wasserstoff und H2-Netze. Um dennoch Investitionen auszulösen, schlägt der

GDV folgende Maßnahmen vor:

- Technologieoffene Förderung neuer und innovativer Technologien der Energiewende mit Hilfe von Abgabenerleichterungen und innovativen Finanzinstrumenten,
- Sicherheit schaffen durch Vereinbarung von garantierten Abnahmemengen bzw. Preisuntergrenzen,
- Erweiterung und Aufstockung des Aufgabenspektrums von Förderbanken bei Kofinanzierungen mit privaten Investoren,
- Infrastruktur für innovative Technologien zügig schaffen bzw. ausbauen.

Eine detaillierte Beschreibung der o.g. Maßnahmen finden Sie im [GDV-Positionspapier zur Finanzierung von Transformation und Wettbewerbsfähigkeit](#).

4. Wie kann das Klimaschutzprogramm Impulse zur Belebung der Konjunktur geben? Worauf sollte angesichts der substantiellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?

Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und Geschäftsmodelle sind der entscheidende Hebel, um die Klimaschutzziele zu erreichen und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz zu stärken. **Der Bundeshaushalt sollte daher Maßnahmen priorisieren, die öffentliche Investitionen nach sich ziehen oder private Investitionen mobilisieren.**

In der Tat bieten Investitionen in Klimaschutz große wirtschaftliche Chancen. Beispielsweise entwickelt sich die GreenTech-Branche mit ca. 5 % Wachstum pro Jahr deutlich dynamischer als die Gesamtwirtschaft. Mittlerweile vereint sie 7,5% der Beschäftigten und 9 % der Bruttowertschöpfung – Tendenz weiter steigend (Quelle: GreenTech Atlas 2025, Umweltbundesamt).

5. Wie kann das Klimaschutzprogramm dazu beitragen, das Zusammenwirken bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu optimieren?

Siehe Antwort zur Frage 1, Absatz B.